

Christ sein in einer pluralistischen Gesellschaft

Klartext im Blarer – Ev. Bildungswerk Esslingen – 22.2.2006

Christ sein in einer pluralistischen Gesellschaft ist wunderbar. Das Grundgesetz garantiert, dass die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses unverletzlich sind. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

Diese Rechte sind weitestgehend realisiert. Als Christ habe ich alle Möglichkeiten zur Entfaltung meines Glaubens, ohne Benachteiligungen befürchten zu müssen. Und weil der Glaube an Jesus Christus wesensmäßig auf Teilen, Mitteilen und Weitergeben angelegt ist, weiß ich es zu schätzen, dass die pluralistische, demokratisch verfasste Gesellschaft mir alle Möglichkeiten bietet, den Glauben an Christus privat und öffentlich darzustellen und Menschen dazu einzuladen.

Um die Chancen und Herausforderungen dieser Situation zu erkennen, lohnt sich, einen Augenblick der Frage nachzugehen:

Wie kam es dazu?

1. Säkularisierung und Säkularismus unterscheiden

Durch den Reichsdeputationshauptschluss 1803 erhielten deutsche Fürsten als Entschädigung für den Verlust linksrheinischer Gebiete an Frankreich kirchliche Güter, die dadurch „säkularisiert“ wurden – also aus kirchlicher in säkulare Eigentümerschaft überführt wurden. Darüber hinaus bezeichnet Säkularisierung /Säkularisation den historischen Prozess der Trennung von Kirche und Staat. Dadurch verliert die Religion – im europäischen Fall das Christentum – die amtliche Geltung als Staatsreligion. Der Staat hat nicht mehr das Recht, das Glaubensbekenntnis der Staatsbürger zu bestimmen.

Das Motto der Säkularisierung lautet: „Religion ist Privatsache.“ Das ist zuerst ein politischer Grundsatz, der persönliche Glaubensfreiheit schafft. Mit dieser politischen Entwicklung ist ein mentaler Prozess der Trennung von Staat und Kirche verbunden. Nach Ende des Ersten

Weltkrieges findet die Trennung von Kirche und Staat bei uns ihre Verfassungsgestalt.

Die Infragestellung der Staatsreligion war schon ein längerer Prozess seit der Aufklärung. Weil es aber in Europa auch nach der Reformation keine Religionsfreiheit für die Einzelnen gab, wichen die Unterdrückten zum Teil nach Nordamerika aus und gründeten 1776 die USA, die von Anfang an ein säkularer Staat waren. Die USA sind aus unserer Sicht von einem merkwürdigen Gegensatz gekennzeichnet. Einerseits gibt es dort eine striktere Trennung von Staat und Kirche als bei uns, andererseits bekennen sich hohe Vertreter des Staates öffentlich zu ihrem persönlichen Glauben.

Die Freiheit jedes Bürgers zu öffentlichem Bekenntnis seines Glaubens war ein Motivationsstrang für die Gründung der USA. Deshalb ist es dort eine Bestätigung der Bürgerfreiheit, wenn auch Personen in höchsten politischen Ämtern sich zu ihrem Glauben bekennen, und keine Bedrohung. Zugleich war es in den USA bisher undenkbar, dass staatlichen Geldern wie bei uns für soziale Projekte der Kirchen und christlicher Organisationen gegeben werden. Es wird gerade erst diskutiert, ob sogenannte „faith based organisations“ auch gefördert werden dürfen.

Bei uns gibt es zwar für soziale Programme und Bildungseinrichtungen der Kirchen hohe staatliche Zuschüsse. Aber es ist fast anrühlich, wenn ein Politiker sich öffentlich zu seinem Glauben bekennt. Das wirkt wie ein Rückfall in die Staatsreligion. Wenn Könige und Fürsten sich früher dezidiert zu einem Glauben bekannten, war das zugleich die Einschränkung der Religionsfreiheit aller anders denkenden Untertanen.

Ganz offensichtlich verträgt sich das Evangelium und der Glaube an Jesus Christus nicht mit Zwang. Die Folge dieser unheiligen Verbindung von Thron und Altar sind der Verlust der Glaubwürdigkeit der christlichen Verkündigung und nur schwer zu überwindende Vorurteile in der Bevölkerung Europas.

Die Säkularisierung ist also auch für Christen eine durchaus positive Entwicklung. Die großen Erneuerungs- und Evangelisationsbewegungen haben sich in Europa erst mit der beginnenden Säkularisierung entstanden. Sie setzen die Freiheit der Bürger voraus, über ihren Glauben selbst entscheiden zu können und entsprechende Versammlungen und Vereinigungen zur Verkündigung und zur Praktizierung des Glaubens in unterschiedlicher Ausprägung organisieren zu können.

Wir müssen allerdings zwischen Säkularisierung / Säkularisation einerseits und Säkularismus andererseits unterscheiden.

Säkularisierung ist der historische Prozess der Abschaffung der Staatsreligion, wodurch die Religion ihre amtliche Geltung verliert. Der Ausdruck wird dann auch für den schwindenden Einfluss von Religion auf das Denken und Leben der Menschen verwandt.

Säkularismus dagegen ist die aggressive Weltanschauung, die die Welt und das Leben ohne Gott erklären und gestalten will. Entsprechend kämpft der Säkularismus gegen jeden Versuch, Gott zu denken oder gar in die Gestaltung des Lebens einzubeziehen. Glauben – das heißt: etwas privat für sich denken und fühlen – darf jeder, was er will. Aber das soll möglichst keine Auswirkungen auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens haben. Die Verbindung von Säkularisierung und Säkularismus findet im Sozialismus seine für lange Zeit wirkungsvollste Ausprägung. Heute ist die bürgerlich-liberale Variante des Säkularismus in unserer Gesellschaft wirksamer als die sozialistische.

Die Säkularisierung in Europa lief parallel mit den Bemühungen um die Einführung der Demokratie. In der Demokratie muss das friedliche Miteinander von Menschen organisiert werden, die u.U. völlig gegensätzliche Weltanschauungen oder Glaubensbekenntnisse vertreten. Deshalb muss der demokratische Staat weltanschaulich neutral sein. Er muss pluralistisch sein, das heißt, er darf nicht zum Schiedsrichter über die unterschiedlichen, ja auch gegensätzlichen Weltanschauungen werden.

Das ist leichter gesagt, als getan. Denn er kann natürlich nicht ohne eine Grundlage von Werten arbeiten. Die sind in der Verfassung, im Grundgesetz festgelegt.

Pluralismus ist ein wichtiger Aspekt der demokratischen Gesellschaft. Ein Atheist hat die gleichen Rechte wie ein gläubiger Christ, Buddhist oder Muslim. Der Staat entscheidet nicht über den rechten Glauben. Allerdings beginnt unser Grundgesetz mit der Präambel: „**Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen**, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Die Bundesrepublik Deutschland drückt im Grundgesetz ein anderes Verständnis von weltanschaulicher Neutralität aus als zum Beispiel das

laizistische Frankreich. Das hat sich neulich in der Diskussion um die Präambel der Europäischen Verfassung gezeigt.

Gehen wir einen Schritt weiter. Wir müssen zwischen **Pluralität** und **Pluralismus** unterscheiden.

2. Pluralität und Pluralismus unterscheiden

Pluralität ist die Vielfalt von Einstellungen, Verhaltensweisen oder Formen auf Grundlage einer alle verbindenden Gemeinsamkeit. Es gibt z.B. eine große Pluralität von Automarken und Typen. Aber es sind alles Autos, keine Flugzeuge, von denen es wiederum eine Pluralität von Marken und Typen gibt.

Die christliche Kirche braucht Pluralität. Petrus redet – 1. Petr. 4,10 – von den bunten Gaben Gottes, mit denen die Christen einander dienen sollen und die sich ergänzen. Es gibt eine Pluralität von Organisationsformen (bischöflich, kongregationalistisch, presbyterial-synodal), von sprachlichen und musikalischen (liturgischen) Ausdrucksformen des christlichen Glaubens. Alle sind aber verbunden durch das grundlegende Bekenntnis zu dem dreieinigen Gott, der sich in Israel und für alle Menschen in Jesus Christ offenbart hat. Die christliche Kirche braucht Pluralität.

Aber die Kirche verträgt ihrem Wesen nach keinen Pluralismus, weil Jesus Christus der Herr der Kirche ist. Die christliche Kirche ist durch das Bekenntnis zum gekreuzigten, auferstandenen und wiederkommenden Jesus Christus definiert und verbunden. Pluralismus ist das gleichberechtigte Miteinander gleich gültiger und sich u.U. gegenseitig widersprechender oder ausschließender Überzeugungen, Weltanschauungen, Religionen. Das widerspricht dem Bekenntnis zum dreieinigen Gott als Grundlage der Kirche.

Ich weiß, dass die Wirklichkeit der Landeskirchen faktisch pluralistisch ist. Die Gemeinsamkeit der Kirchenmitglieder wird ja nicht durch ihr ausdrückliches Glaubensbekenntnis, sondern durch die Tatsache der Taufe, in der Regel der Kindertaufe begründet. Tatsächlich kann man also Mitglied der christlichen Kirche sein und atheistisch, agnostisch, buddhistisch, esoterisch oder sonstwie glauben. Die Kirche hat einen großen Magen, hat Goethe schon festgestellt. Aber der Pluralismus löst die Kirche innerlich auf. Das wird spätestens offenkundig, wenn der Organisation das Geld ausgeht. Solange man Geld hat, kann man jede Organisation zusammenhalten. Das funktioniert nach der marxistischen These, dass die ökonomische Basis den ideologischen Überbau bestimmt.

Werden wir konkret.

3. Wer ist eigentlich ein Christ?

Ich verstehe unter Christen solche Menschen, die sich zu Jesus Christus als der entscheidenden Person ihres Lebens bekennen, durch den sie Gott, den Schöpfer und Herrn der Welt, erkannt haben und mit ihm in einer das Leben bestimmenden Weise verbunden sind. Die Bezeichnung „Christen“ taucht zum ersten Mal im Neuen Testament auf. (Apg. 11,26) Sie wurde in Antiochien in Syrien denen, die an Jesus Christen glaubten und sich zur Gemeinde der Jesus-Nachfolger hielten, wohl auf der Straße nachgeschrieben.

Der Begriff „Christ“ ist heute abgegriffen und undeutlich. Jedes Kirchenmitglied wird in entsprechenden Formularen „ev“ oder „rk“ oder „freikirchlich“ ankreuzen. Damit wollen die Personen nicht unbedingt ausdrücken, dass sie an Jesus Christus glauben und ihm nachfolgen.

Ich bin der Überzeugung, dass es in den Kirchen ein dauerndes Ringen um biblische Klärung des Selbstverständnisses und um geistliche Erneuerung geben muss. Der reformatorische Grundsatz „ecclesia semper reformanda“ – wörtlich übersetzt: die Kirche ist eine immer zu erneuernde – ist ein wichtiges Lebensprinzip der christlichen Kirchen.

Zu diesem Ringen um Klärung gehört unausweichlich die immer neue Klärung: Wer ist Christ? Ich meine das nicht in dem Sinne, dass irgendjemand richten dürfte und endgültig beurteilen sollte, wer Christ ist oder nicht. Das ist allein Gottes Recht. Und Jesus hat angekündigt, dass wir in dieser Hinsicht einige Überraschungen zu erwarten haben (Mat. 7, 21-23).

Aber Klärung ist nötig im Sinne einer an der Bibel orientierten klaren Information und Einladung an alle Menschen. Wir müssen beschreiben können, dass ein Christ jemand ist, der sich von anderen durch seinen Glauben an Jesus Christus unterscheidet. Dieser Glaube wird inhaltlich durch die Aussagen der Bibel bestimmt. Durch Jesus Christus empfangen wir Vergebung der Sünde und werden von Rebellen gegen Gott zu Kindern Gottes. Alles im Leben verdanken wir Jesus. Darum nennen wir uns gern Christen und weisen damit auf Jesus Christus hin. Er hat uns beschenkt. Wir haben es nicht verdient.

Auf der Basis dieses Christusbekenntnisses darf und muss sich in den Kirchen und Gemeinden eine große Vielfalt, Pluralität, der Ausdrucksformen des Lebens und Glaubens entfalten.

Wie aber verhalten sich die Christen in einer pluralistischen Gesellschaft?

4. Die Wahrheit in der pluralistischen Gesellschaft bezeugen

Wer heute allgemein gültige Wahrheiten zu vertreten behauptet, gerät schnell unter Verdacht des Fanatismus und Fundamentalismus. Er wird verdächtigt, dass er womöglich auch Gewalt gebraucht, um seine Ansprüche durchzusetzen. Den Christen hat man schon lange und nicht ganz zu Unrecht den Vorwurf gemacht, dass sie sich in der Vergangenheit zu oft des langen Arms der Staatsgewalt bedient hätten, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Das hat der Glaubwürdigkeit der Christen und ihrer Botschaft schwer geschadet.

Wenn wir heute mit Menschen über den christlichen Glauben reden, stoßen wir nicht selten auf große Wissensdefizite, zugleich aber auf massive negative Vorurteile. Das hängt mit der Geschichte der Staatsreligion „Christentum“ in Europa zusammen.

Der Verdacht gegenüber dem Wahrheitsanspruch jedes Glaubens ist durch den islamistischen Terror verschärft worden. Es ist postmoderne Überzeugung, dass es keine für alle verbindliche Wahrheit gibt und dass sich jeder seine eigene Wahrheit bilden kann. Immer natürlich unter dem Vorbehalt, dass diese Wahrheit nur für ihn selbst und nicht für alle anderen gilt. Wer diese Spielregel verletzt, scheidet aus und wird vom Spielfeld verwiesen. Das heißt, ihm gegenüber wird keine Toleranz geübt.

Nun kann trotz gegenteiliger Behauptungen überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass Jesus Christus mit einem absoluten Angebot und Anspruch aufgetreten ist. Das läßt sich in der Bibel am besten an der Tatsache darstellen, dass Jesus von sich selbst und seinem Auftrag mit der Selbstbezeichnung „Menschensohn“ redete. 80 mal kommt dieser Titel im Neuen Testament vor. Fast ausschließlich in Worten, in denen Jesus über sich selbst und seinen Auftrag redet. Der Menschensohn ist nach Daniel 7,13f der Weltherr und Weltrichter, der mit den Wolken des Himmels kommen wird und dem Gott das Weltgericht und die ewige Weltherrschaft übertragen hat.

Jesus redet von sich als dem zum Weltgericht kommenden Menschensohn (Mat. 24 – 25). Er redet von sich als dem gegenwärtigen

Menschensohn, der schon auf der Erde die exklusive Vollmacht Gottes hat, Sünden zu vergeben (Mk 2). Er redet von sich als dem Menschensohn, der zugleich den Auftrag des leidenden Gottesknechtes (Jes 53) erfüllt, am Kreuz stellvertretend für die Menschen stirbt (Mk 10,45) und so der Retter der Welt ist. Im Prozess vor dem Hohenpriester bezeichnet er sich als den zum Weltgericht kommenden Menschensohn. Daraufhin wird er wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilt. Die Gegner haben den Anspruch eindeutig gehört, aber abgelehnt.

Gott hat Jesus durch die Auferweckung an Ostern in diesem Anspruch bestätigt. Auf Grund der Menschwerdung Gottes in Jesus von Nazareth, seiner Kreuzigung und seiner Auferweckung gilt: „Es ist in keinem anderen Heil (Rettung), auch ist kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, durch den wir sollen gerettet werden.“ (Apg 4,12)

Wie sollen wir diese Botschaft in einer pluralistischen Gesellschaft vermitteln? Sollen, können wir sie überhaupt vermitteln?

Ich muss leider sagen, dass es fraglich ist, ob in den evangelischen Kirchen in der Pfarrerschaft in diesem Bekenntnis zu Jesus Christus Einigkeit besteht. Dieses Bekenntnis wird von denen, die nicht an die Exklusivität des Angebotes und Anspruches von Jesus glauben, schnell auf dem Altar des interreligiösen Dialogs geopfert. Wenn Jesus nur als ein Lehrer und Prophet angesehen wird, hat man schnell die Zustimmung aller Religionen. Aber so einfach geht es nicht.

4.1 Dialog mit dem Islam

Nehmen Sie z.B. den Dialog mit dem Islam. Die Frage nach dem einen und einzigen Gott muss im theologischen Gespräch mit Muslimen angesichts der Aussagen von Sura 4,156-157 geklärt werden: „Und weil sie sprachen: ‚Siehe, wir haben den Messias Jesus, den Sohn der Maria, den Gesandten Allahs, ermordet‘ – doch ermordeten sie ihn nicht und kreuzigten ihn nicht, sondern einen ihm ähnlichen... Sie wissen nichts von ihm, sondern folgen nur Meinungen; und nicht töteten sie ihn in Wirklichkeit, sondern es erhöhte ihn Allah zu sich; und Allah ist mächtig und weise.“

Hat sich der eine und einzige Gott allen Menschen im gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus offenbart und seine Liebe, Allmacht und Weisheit bewiesen oder ist er gar nicht gekreuzigt worden, weil der Kreuzestod von Jesus die Widerlegung der Allmacht und Weisheit Gottes

gewesen wäre? Ist also die Aussage, Jesus sei gekreuzigt worden, eine Lüge?

Mit Respekt und Achtung für die Person des Andersgläubigen muss das Gespräch in der Sache in aller Deutlichkeit geführt werden. Angesichts der aktuellen gewalttätigen Proteste in der islamischen Welt führen Angst und Wut zu Verunsicherung. Vielleicht macht dieser Konflikt aber auch deutlich, dass gleichgültige Indifferenz und theologische Demontage des christlichen Bekenntnis durch die Christen selbst nicht zu dem erhofften friedlichen Miteinander führen.

Die Vermittlung des „Wortes vom Kreuz“ – wie Paulus das Evangelium zugespitzt nennt – trifft allerdings in der pluralistischen Gesellschaft bei uns überwiegend nicht auf dezidierte konträre religiöse Überzeugungen, sondern auf Menschen, die von einer diffusen Religiosität bestimmt sind.

4.2 Begegnung mit einer diffusen Religiosität

Manche schreiben bereits, dass eine nachsäkularistische Zeit angebrochen sei. Die Unübersichtlichkeit in einer globalisierten Welt, das Gefühl des Verlustes der Sicherheit – durch Terror und Naturkatastrophen – mit dem Ergebnis einer pandemischen diffusen Angst lässt die Menschen nach Schutz und Stabilisierungen suchen. Wer darin eine Chance für die Christen sieht, sei gewarnt. Es zeigt sich nämlich bei näherer Betrachtung, dass das Evangelium von Jesus Christus nicht wie der Deckel auf den Topf der religiösen Wünsche der Leute passt.

Eine von ProChrist in Zusammenarbeit mit den Evangelischen Kirchen im Rheinland und von Westfalen u.a. beim Rheingold-Institut, Köln, in Auftrag gegebene Studie¹ erbrachte die Erkenntnis, dass es quer durch die Bevölkerung eine Art „Alltags- und Volksglauben“ gibt, den auch die teilen, die eigentlich mit Kirche nichts zu tun haben. Dabei wurden 5 Komponenten beobachtet:

1. Eine sehr vage **Gottesvorstellung (höheres Wesen)**. Wenn die Aussagen irgendwie präzisiert werden, gehen die Meinungen total auseinander.

¹ Das Institut führte eine qualitative Studie durch und nutzte psychologische Gruppendiskussionen und psychologische Tiefeninterviews von ca. zwei Stunden Dauer bei Probanden im Ruhrgebiet, Stuttgart und Leipzig. Die Studie wurde 2001 durchgeführt.

2. Die **Sinnfrage** hat eine enge Anbindung an die Gottesvorstellung. Wenn das eigene Dasein auf einen Gott zurückzuführen ist, so erlebt man das als sinnvoll oder je nach Lebenslage auch tröstlich. Hierbei geht es vereinfacht ausgedrückt darum, einen Platz in der Welt zu haben und nicht allein auf sich gestellt zu sein.

3. Bei allen Befragten finden sich **Vorstellungen von einem Jenseits**, die von naiven Himmelsvorstellungen bis hin zu irgendeiner Art Wiedergeburt reichen.

4. **Moralvorstellungen** in dem Sinne, irgendwie ein guter Mensch zu sein. Diese Moral ist nicht mit den 10 Geboten identisch, sie orientiert sich aber dennoch daran.

5. **Belohnungsprinzip**, dass man in irgendeiner Form für gute Taten belohnt wird. Die Bestrafung als Gegenpol spielt dabei heutzutage eine nicht so große Rolle! Unterschwellig ist das ganze aber auch wie ein Art ‚emotionales Konto‘ wirksam. Allerdings ist das Geschäft nicht wirklich berechenbar.

Jesus Christus brachten die Befragten von sich aus nicht ins Gespräch. Das spricht dafür, dass jede Präzisierung unerwünscht ist. Jeder macht sich so seine Vorstellungen. Religion soll nebulös bleiben. Verbindliche Klarheit und Wahrheit zieht notwendigerweise praktische Konsequenzen nach sich. Das ist nicht erwünscht.

In dieser Spannung erleben wir die Weitergabe des Evangeliums heute. Einerseits ist ein starker Bedarf nach Orientierung, Geborgenheit, Selbstvergewisserung, Zukunftshoffnung spürbar, andererseits führt die Begegnung mit dem Evangelium von Jesus Christus immer in eine kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Wünschen. Jesus ist eben nicht die Antwort auf unsere Fragen. Er stellt Fragen, die wir verzweifelt zu verdrängen suchen.

Wir erleben also eine widersprüchliche Situation. Die pluralistische Gesellschaft bietet große Freiheit für die Mitteilung des Evangeliums. Im Vollzug aber treffen die Christen auf erhebliche inhaltliche Kritik. Das ist nichts Neues. Es entspricht den Erfahrungen in der ersten Christenheit. Das Evangelium wurde von den einen als Skandal oder dummes Zeug abgelehnt, von anderen angenommen und als Kraft und Weisheit Gottes zur Rettung des Lebens erfahren.

Angesichts des Fanatismusvorwurfs und des Gewaltverdachts gibt es für Christen eigentlich heute nur eine Antwort: Feindesliebe. Feindesliebe ist

die Konsequenz und der Wahrheitserweis der christlichen Glaubensgewissheit. Wenn Christen behaupten, dass Jesus der Weg, die Wahrheit und das Leben ist, dann dürfen die Hörer mit Fug und Recht erwarten, dass die Christen ihrem Christus glauben.

Und der hat gesagt: „Liebt eure Feinde, tut wohl denen, die euch hassen, segnet, die euch verfluchen, bittet für die, die euch beleidigen!“ (Luk 6,27.28) Das ist mehr als Toleranz. Das ist aktives Handeln, nicht primär Gefühl. Und es entspringt aus der Feindesliebe Gottes, deren Nutznießer wir selbst durch Jesus geworden sind.

Nicht die Argumentation, sondern die Lebenspraxis muss überzeugen, dass die Wahrheit Gottes in Jesus zur Rettung des Lebens führt.

5. Die Mitwirkung der Christen in der Demokratie

Die Trennung von Kirche und Staat ist historisch und theologisch von Anfang an im christlichen Glauben verwurzelt.

Der Berliner Theologe Walter Schmidhals hat das jüngst in einem höchst interessanten Artikel in der ZEIT in Gegenüberstellung mit dem Islam kargestellt. („Islam heißt Staatsreligion“, DIE ZEIT, 9.2.2006, S. 47) Im Urchristentum musste sich der Einzelne für den Anschluss an den christlichen Glauben entscheiden. Das bedeutete häufig den Bruch mit den nächsten Angehörigen und Verfolgung durch den Staat. „Durch die Taufe wurde der Einzelne in die christliche Gemeinde aufgenommen, und dieses Zeichen der Individuation, das sich später sogar mit der persönlichen Namensgebung verband, ist in der volksskirchlichen Situation immer festgehalten sowie durch täuferische Gruppen betont herausgestellt worden.“ Dann schreibt er später: „Der christliche Glaube ist ... ein durch und durch persönlich gepägtes, das heißt individuelles Phänomen und in sofern auch die wesentliche Grundlage des modernen Menschenrechtsgedankens, wenn darin auch Momente der stoischen Ethik aufgenommen wurden.“ (Schmidhals aaO)

„Die Trennung von Staat und Kirche ist im Christentum historisch fundiert. Die frühchristlichen Gemeinden hatten keinerlei politischen Einfluss, sondern unterlagen über Jahrhunderte latenter oder manifester staatlicher Repression. Im Bestreben, ihre religiöse Freiheit zu behaupten, waren die Christen aber bemüht, sich als vorbildliche Bürger des heidnischen Staates zu erweisen. ‚Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist‘ (Mk 10,17). Diese historische Trennung beruhte auf der theologischen Unterscheidung von irdischem Wohl und

ewigem Heil, von weltlichem Recht und göttlicher Gerechtigkeit, von irdischen Staaten und Reich Gottes. Sie hat in Augustins Rede von der *civitas terrena* und der *civitas Dei* oder in Luthers Zwei-Reiche-Lehre jeweils zwei zeittypische Ausprägungen gefunden“. (Schmidthals aaO) Diese Unterscheidungen sieht Schmidthals in der christlichen Trinitätslehre verankert. In der Unterscheidung und Gleichstellung von Vater und Sohn „wurden Schöpfung und Erlösung, Wohl und Heil als Werke des einen Gottes bekannt und mit gleicher Würde versehen, zugleich aber unterschieden...“.

Schmidthals zeigt im gleichen Artikel den signifikanten Unterschied zum Islam. Der Islam ist von Anfang an – schon zu Lebzeiten Mohammeds und unmittelbar danach – durch militärische Eroberungen, nicht durch persönliche Bekehrungen aus-gebreitet worden. Die Scharia regelt nach dem Koran alle Lebensverhältnisse: Religion, Sittlichkeit, Kult, Kultur, Recht und Politik. Der Islam will das Staatswesen bestimmen und kennt keine Trennung von Religionsgemeinschaft und Staat. Das Recht des Einzelnen ist der „Umma“, der Gemeinschaft der Gläubigen, untergeordnet. Walter Schmidthals urteilt, der den Polytheismus wie auch die christliche Lehre von der Dreieinigkeit Gottes ablehnende Monotheismus sei „für die Identität des Islam unaufgebbar und verbietet jede Form der Trennung von Religion und Staat“. (Schmidthals aaO)

Die Christen haben nicht erst in demokratischen Systemen versucht, ihren Beitrag zum Wohl der Menschen zu leisten. In Demokratien haben sie ungleich stärkere Möglichkeiten und sind zur Mitgestaltung der Gesellschaft aufgefordert, ja verpflichtet. Die meisten in der Politik auf allen Ebenen zu lösenden Aufgaben sind Ermessensfragen und keine Gewissensfragen. In Ermessensfragen können und müssen sich Christen auch Mehrheitsentscheidungen beugen. Kompromisse sind möglich und nötig.

In Gewissensfragen heißt es: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ Auch um den Preis des Martyriums. Indem die Christen in der pluralistischen Gesellschaft in den Gewissensfragen Widerstand leisten, stärken sie die Demokratie in ihren Grundlagen. Sie stärken damit den ethischen Grundkonsens, ohne den keine Demokratie überleben kann.

Das Recht darf nicht zum Spielball der Macht werden, sondern muss den Schutz für die Schwachen gewährleisten. Gerechtigkeit ist nicht nur die Verteidigung eigener Vorteile. Im Kampf um die Durchsetzung der einzelnen Interessen muss es Stimmen für die geben, die keine Lobby

haben. Die Verachtung des Rechtes führt zur Herrschaft der Raubtiermoral. Die Vergötzung des individuellen Glücks – oder was man jeweils dafür hält – endet in der Zerrüttung tragfähiger sozialer Bindungen.

Die Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie selber nicht schaffen kann. Man kann niemanden zum Guten, zur Ehrlichkeit, zur Gerechtigkeit, zur Achtung des Rechtes, zur Dienstbereitschaft zwingen. Es ist schwer genug, einige Auswüchse des Bösen und Ungerechten durch Gesetze und staatliche Maßnahmen zu verhindern.

Wenn wir das Evangelium verkündigen, ist das erste Ziel die Ehre Gottes und die Rettung der einzelnen Menschen. Keiner soll verloren gehen, weil Gott ihn liebt. Ein willkommener und gesellschaftlich wichtiger Nebeneffekt ist das zweite Ziel: Menschen, die Christus nachfolgen, setzen sich für das Wohl anderer Menschen ein. „Suchet der Stadt Bestes ... und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's auch euch wohl!“ (Jer. 29,7)

Der humanistische Säkularismus in Europa war der Überzeugung, dass das Wohl der Menschen nur gesichert und gefördert werden kann, wenn man den christlichen Glauben gesellschaftlich ausschaltet. Manche Vertreter hatten schon auf die Erreichung dieses Zieles und auf das Ableben der Religion insgesamt angestoßen. Im Augenblick sieht man sie angesichts der islamischen Turbulenzen etwas ratlos. Jürgen Habermas findet inzwischen im Nachlass des Christentum weiter verwertbare Elemente. Der christliche Glaube lebt allerdings nicht von dieser gnädigen Einschätzung einiger Philosophen.

Nach seinem Tode wurde Johannes Rau verschiedentlich mit dem bekannten Wort von Gustav Heinemann zitiert: „Die Herren dieser Welt gehen, unser Herr kommt.“ Heinemann hatte es auf dem Essener Kirchentag 1951 auf dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Nazi-Diktatur und angesichts neuer Machtkonstellationen gesagt. Es ist ein maßgebendes Wort für Christen angesichts der dauernd sich abspielenden weltanschaulichen und politischen Machtkämpfe.

Darum liegen Christen, die sich in der pluralistischen Gesellschaft ängstlich und defensiv verhalten, völlig falsch. Um unsere Zukunft brauchen wir uns keine Sorgen zu machen. Der auferstandene Jesus Christus wird das letzte und entscheidende Wort der Weltgeschichte sprechen und wir alle werden ihm Rechenschaft über unser Leben geben müssen.

Die Herausforderung für Christen besteht heute in einer doppelten Aufgabe:

Erstens: Sie müssen um Gottes und der Menschen willen ihren Glauben an Jesus Christus profiliert leben und einladend persönlich und öffentlich artikulieren und kommunizieren

Zweitens: Sie müssen ihren Begabungen und den Herausforderungen der heutigen Welt entsprechend tatkräftig Mitverantwortung für das Wohl der Menschen und für die Gestaltung der Gesellschaft übernehmen.

Ulrich Parzany
22.2.2006